

NAbg. Bernhard Themessl:

Mittelstand und KMUs sind umgehend zu entlasten!

Das im Ministerrat beschlossene Konjunkturbelebungs paket verdient diesen Namen nicht, diagnostiziert NAbg. Bernhard Themessl. Zwar ist eine Erhöhung des Haftungsrahmens der AWS für kleine und mittlere Unternehmen, wie vom RFW gefordert, vorgesehen. Die Finanzierungsgarantie (Ausfallhaftung) der AWS ist allerdings nicht nur dem Volumen und der Höhe nach, sondern vor allem nach der Art und Weise auszuweiten. "Durch werden speziell im Bereich der Mikrofinanzierung und in der kleinstrukturierten Wirtschaft Konjunkturimpulse erzeugt, so Themessl weiter. Das Programm zur Ausweitung der staatlichen Förderungen beim Bausparen wird aus Sicht des RFW keinen nennenswerten Impuls bringen.

Entlastungspaket duldet keinen weiteren Aufschub!

Die Bürger und die mittelständischen Unternehmen sind umgehend zu entlasten. Eine Steuerreform ist unausweichlich. Der RFW tritt daher für eine umfassende Steuerreform 2009 ein, die unter anderem auch folgende Punkte enthalten muß:

Eine sofortige Abschaffung der Kreditvergabegebühren (Kosten: 160 Millionen Euro) und der Gesellschaftssteuer (Kosten: rund 50 Millionen Euro)

Die Gesellschaftssteuer besteuert die Zufuhr von Eigenkapital an inländische Kapitalgesellschaften. Der Steuer unterliegt insbesondere der Ersterwerb von Gesellschafts-



rechten (z.B. Gründung und Kapitalerhöhung), sie beträgt 1 Prozent vom Wert der Gegenleistung und ist durch nichts zu rechtfertigen.

NAbg. Alois Gradauer zu Gaspreisen:

Stopp den Gaspreiserhöhungen

"Die letzten Monate wurden die Österreicher an den heimischen Zapfsäulen beim Tanken abgezockt, nun ist hier endlich durch den sinkenden Rohölpreis ein Ende in Sicht. Auch wenn die Spritpreise sinken, so kommt auf die Bevölkerung ein neue Belastung zu: die Gaspreise sind in vielen Bundesländern erhöht worden. In Oberösterreich gab es eine Anhebung der Preise um 20 bzw. 21 Prozent", kritisiert der Budgetsprecher des FPÖ-Parlamentsklubs, NAbg. KommRat Alois Gradauer. Durch die stark sinkenden Rohölpreise am Weltmarkt sei "die nunmehrige Erhöhung der Gaspreise auf keinen Fall mehr gerechtfertigt, immerhin wird ja mit der Koppelung der Gaspreise an die Rohölpreise argumentiert." "Die Erhöhungen sind gerade jetzt

kontraproduktiv und treffen die Bürger in unserem Land just zum Beginn der kalten Jahreszeit. Hohe Heizkosten reißen zusätzlich ein Loch in die Brieftaschen der Menschen und in die leeren Kassen der Klein- und Mittelbetriebe", stellt Gradauer fest.

Die Finanzkrise treffe die Bevölkerung und die Wirtschaft mit voller Wucht und es sei Aufgabe der Politik, hier endlich Verantwortung zu übernehmen und zu entlasten. Die Erhöhung der Gaspreise ist keine adäquate Antwort auf diese Fragen, im Gegenteil werden zusätzliche Belastungen erzeugt. "Die Gaspreiserhöhungen müssen sofort zurück genommen werden, die Landeshauptleute sind aufgefordert, umgehend zu handeln", so Gradauer, der zudem die zuständigen Minister Barten-



stein und Buchinger auffordert, endlich tätig zu werden.

"Es ist bereits fünf vor Zwölf und beide Herren zeichnen sich durch Untätigkeit aus. Wirtschaftsminister Bartenstein soll rasch die Wettbewerbsbehörde einschalten und Konsumentenschutzminister Buchinger soll sich umgehend für die Konsumenten in diesem Land stark machen," so Gradauer.